

Bremeneckgasse 2 69117 Heidelberg Fon: 06221 – 9811-01 Fax: 06221 – 9811-90 zentralrat@sintiundroma.de www.sintiundroma.de

16. Mai 2017

PRESSEMITTEILUNG

Traditionspflege bei der Bundeswehr bedarf historischer Aufarbeitung Zentralrat Deutscher Sinti und Roma fordert unabhängige, kritische Historiker-Kommission

Das Bekanntwerden rechtsradikaler Strukturen und potentieller rechtsradikaler Straftäter in der Bundeswehr ist für den Zentralrat Deutscher Sinti und Roma gleichermaßen beunruhigend wie altbekannt. Seit ihrer Gründung war die Bundeswehr immer wieder für die enge Verbindung von Nazi-Größen und -Kriegshelden wie Hans-Ulrich Rudel und anderen öffentlich kritisiert worden, ohne dass sich an der Grundhaltung innerhalb großer Teile der Bundeswehr etwas geändert hätte. Bis heute ist das Bild von Marinemaler Claus Bergen, das den sinnlosen Untergang der "Bismarck" im 2. Weltkrieg zeigt, Ausdruck eines falsch verstandenen Heldentums, das soldatisches Handeln unabhängig von demokratischer Legitimation sieht. Das Bild ist seit Jahrzehnten in der Marineschule Mürwik Symbol einer Traditionspflege, die gerade nicht die demokratischen Werte der Bundesrepublik Deutschland in den Mittelpunkt stellt.

Dass jetzt in der nach Helmut Schmidt benannten Bundeswehr-Universität Hamburg ein Bild von Helmut Schmidt in Wehrmachtsuniform abgehängt wurde, zeigt, dass die Bundeswehr die Auseinandersetzung mit ihrer Geschichte nach 1945 noch immer nicht ernst nimmt. Im Gegenteil wird durch das Abhängen des Bildes von Helmut Schmidt ein sozialdemokratischer Bundeskanzler noch nachträglich diffamiert. "Helmut Schmidt hat nach 1945 erkannt, dass das staatliche Handeln, und dies galt für ihn in besonderem Maße für die Bundeswehr, demokratisch legitimiert sein muß. Jetzt sein Bild in der nach ihm benannten Bundeswehr-Universität abzuhängen dient offenkundig nur dazu, die gesamte notwendige Diskussion ins Lächerliche zu ziehen", so der Vorsitzende des Zentralrats, Romani Rose.

Der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma fordert Bundesministerin von der Leyen auf, die Aufarbeitung der Geschichte der Bundeswehr nach 1945 nicht auf die Umbenennung von Kasernen zu beschränken, sondern eine unabhängige, kritische Historiker-Kommission zu beauftragen, die dann auch Zugang zu den entsprechenden zeitgeschichtlichen Akten haben muss. "Eine solche Dokumentation wäre die notwendige Grundlage für einen neuen Traditionserlass der Bundeswehr, wie ihn Ministerin von der Leyen jetzt erarbeiten will", so Rose.